

Kündigungsschutz

Führen strengere Kündigungsschutzgesetze zu höherer Arbeitslosigkeit? Eine internationale Studie kommt zu einem klaren Ergebnis: **nein**.

Die Wirkung von Gesetzen zur Arbeitsmarktregulierung zu messen, ist nicht einfach. Denn wie sich Wirtschaft und Beschäftigung ohne entsprechende Regelungen entwickelt hätten, lässt sich nicht beobachten. Dennoch gibt es Verfahren, „Leximetrics“ genannt, die Zusammenhänge zwischen Gesetzgebung und anderen wirtschaftlichen Größen aufdecken können – etwa durch Ländervergleiche. So hat die OECD einen Employment-Protection-Law-Indikator entwickelt. Er gibt Aufschluss darüber, wie teuer es für ein Unternehmen ist, Beschäftigte zu entlassen oder statt mit unbefristeten Verträgen als Leiharbeiter oder befristet einzustellen. Prabirjit Sarkar von der Jadavpur University in Indien hat mithilfe dieses Indikators untersucht, ob Regulierung die Arbeitslosigkeit erhöht.

Seine Analyse umfasst 23 OECD-Länder und deckt den Zeitraum von 1990 bis 2008 ab. Mit verschiedenen statistischen Modellen hat der Forscher nach Beziehungen zwischen dem Regulierungsindikator und allgemeiner Arbeitslosenquote, Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit gefahndet. Sein Fazit: „Diese Studie gibt Anlass zu ernsthaften Zweifeln am orthodoxen Standpunkt“, dass Gesetze zum Schutz stabiler Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerschaft „durch höhere Erwerbslosigkeit“ schaden. Es fänden sich keine Anhaltspunkte für eine Ursache-Wirkungs-Beziehung. Die Daten lassen, so Sarkar, stattdessen eine andere Kausalkette erkennen: Steigende Erwerbslosenzahlen bremsen die Produktion, was wiederum die Langzeitarbeitslosigkeit nach oben treibt. Eine Gesetzgebung, die Unternehmen eine Hire-and-Fire-Politik erlaubt, sei in einer solchen Situation keine Hilfe. Sinnvoller wäre es Sarkar zufolge, mit öffentlichen Mitteln Beschäftigung zu finanzieren.

Quelle: Prabirjit Sarkar: Does an employment protection law lead to unemployment? A panel data analysis of OECD countries, 1990-2008, in: Cambridge Journal of Economics 6/2013

URLAUBSGELD

Schöner Urlaub mit Tarif

45 Prozent der Beschäftigten erhalten von ihrem Arbeitgeber Urlaubsgeld. Am häufigsten profitieren Männer in westdeutschen Großbetrieben.

Eine noch wichtigere Rolle als das Geschlecht, die Region oder die Betriebsgröße spielt die Art der Vergütung: Beschäftigte mit Tariflohn erhalten zu 59 Prozent Urlaubsgeld, Beschäftigte ohne Tarifbindung dagegen nur zu 33 Prozent. Das zeigt eine Online-Umfrage des vom WSI-Tarifarchiv betreuten Portals lohnspiegel.de, an der sich 11.200 Beschäftigte beteiligt haben.*

Die Hälfte der Männer bekommt Urlaubsgeld, Frauen nur zu 38 Prozent. Die Differenz zwischen Ost und West beträgt 16 Prozentpunkte. Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten bieten zu 36, solche mit über 500 Mitarbeitern zu 56 Prozent einen Zuschuss für die Urlaubskasse. Nur ein Viertel der Geringverdiener

bezieht Urlaubsgeld, aber mehr als die Hälfte der Gutverdienenden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das tarifliche Urlaubsgeld in der Mehrzahl der Branchen erhöht. An der Spitze steht die ostdeutsche Textilindustrie mit einem Zuwachs von 6,7 Prozent. Bauhauptgewerbe oder Chemieindustrie verzeichneten dagegen keinen Zuwachs. ◀

* Quelle: WSI-Tarifarchiv
Mehr Informationen: boecklerimpuls.de

Urlaubsgeld 2014

Tarifliches Urlaubsgeld in der mittleren Vergütungsgruppe¹

Holz und Kunststoff Westf.-Lippe/Sachsen	West	2.204 €
	Ost	1.343 €
Metall Nordwürtt.- Nordbaden/Sachsen		1.933 €
		1.716 €
Druckindustrie ³		1.735 €
		1.735 €
Versicherungen		1.392 €
		1.392 €
Einzelhandel NRW/Brandenburg		1.158 €
		1.026 €
Bauhauptgewerbe ³ (ohne Berlin)		1.096 €
		1.000 €
Textil Westf., Osnabrück/ Bundesgebiet Ost		705 €
		400 €
Chemie Nordrhein/Ost		614 €
		614 €
Süßwaren		414 €
		267 €
Landwirtschaft Bayern/Meckl.-Vorp.		195 €
		155 €
Steinkohlenbergbau Ruhr		156 €

1) Endstufe, 2) nur Angestellte, 3) nur Arbeiter
Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: April 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014



Themenseite im Netz: Einkommen und Verteilung

Der Ökonom Thomas Piketty hat die Debatte über Ungleichheit neu belebt. Beiträge aus der Hans-Böckler-Stiftung finden sich online auf der entsprechenden Themenseite.

Vermögen: Jeder Vierte hat nichts

Die Vermögen in Deutschland sind weiterhin sehr ungleich verteilt. Wer zum reichsten Zehntel gehört, besitzt nach Abzug aller Schulden mindestens 217.000 Euro. Über ein Viertel der Bevölkerung hat dagegen netto nichts oder ist sogar im Minus.

Reallöhne: Tarifbeschäftigte im Plus

Die Bruttolöhne in Deutschland liegen real immer noch niedriger als im Jahr 2000.

Stärker entwickelt haben sich die Tariflöhne, vor allem aber die Gewinn- und Vermögenseinkommen.

Tarifverträge schützen

Laut WSI Niedriglohnmonitoring 2013 liegen 90 Prozent der tariflichen Lohn- und Gehaltsgruppen oberhalb von 8,50 Euro.

Weiter warten auf die Trendwende

Der Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen ist zuletzt wieder gewachsen. Und auch an der vermeintlichen Entspannung in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre gibt es Zweifel.

www.boeckler.de/verteilung.htm